



Parteiversammlung SVP Russikon

Die 3. Parteiversammlung der SVP Russikon konnte am 1. September 2020 im Landgasthof zur Krone stattfinden. Der Gemeinde- und Ortsparteipräsident Hans Aeschlimann konnte zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen.

Ersatzwahl in die Schulbehörde Russikon

Hans Aeschlimann legte den Anwesenden nahe, nach wie vor die Kandidatin der FDP, Marica Cvetic zu unterstützen, wie an der Parteiversammlung im Januar beschlossen. Es gibt aus Sicht des Präsidenten keinen Grund die Unterstützung neu zu diskutieren. Marica Cvetic hatte damals das Absolute Mehr leider um 2 Stimmen verpasst.

FDP
Die Liberalen

Marica Cvetic
Verheiratet, 2 Kinder, Betriebsökonomin FH
Major in Banking & Finance

Am 9. Februar 2020
in die Schulbehörde Russikon

Wir geben Marica unsere Stimme:
Eugen Wolf, Sarah und Roman Mohr-Lammle, Nicole und Benjamin Müller, Kurt Gubler, Adrian Kunath, Hans Aeschlimann Präsident SVP Russikon, Yvonne und Simon Merz, Margrit Badfinger, Hedy Tanner, Barbara Vogler, Matthias Zacher, Silvia Spagnoli, Nico Tschirz, Andrius Juski, Rosmarie Lämle, Claudio und Stefan Berthel, Nicole und Peter Schädler, Franz Ernst, Barbara Fichler, Alexandra Rahm, Rebecca und Simon Roth, Vera Landolt, Lorenza und Simon Zaugg, Nicole und Daniel Widmer, Paula und Charly Henkel, Franziska Nydegger, Maria Bodmer, Hans und Laura Leidegger, Robert Kämpfer, Doris und Heinz Burgener, Annela Schädler, Arno Solter, Philip Hirsiger, Andreas Fehrmann, Rolf Hartmann, Marianne und Andy Weiss, David Goldschmid

www.fdp-russikon.ch
Wir machen Russikon.

Die kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 27. September



Die Traktanden der Kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 27. September wurden vom Gastredner **Kantonsrat und SVP Bezirkspräsidenten Paul Von Euw** vorgetragen. Beide Vorlagen gehen im allgemeinen Getöse der Begrenzungsinitiative etwas unter, sind aber doch sehr wichtig. Geht es doch vor allem von linker Seite nur um Umverteilung von Geldern, die es dringend zu stoppen gilt.

Die Sozialkosten steigen kontinuierlich und sie sind unter den einzelnen Gemeinden des Kantons sehr ungleich verteilt. Die **Änderung des Zusatzleistungsgesetzes** bezweckt, dass der Kanton einen höheren Kostenanteil der Zusatzleistungen für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger übernimmt. Damit werden die Gemeinden entlastet und die Unterschiede der Sozialkostenbelastung zwischen den Gemeinden verringert. Der Ausgleich wird durch einen Plafond begrenzt. Kosten, die über diesem



Deckel liegen, müssen durch die Gemeinden selbst finanziert werden. Der Kantonsrat hat dieser Gesetzesrevision mehrheitlich zugestimmt. Vorgesehen ist eine Erhöhung des Kantonsanteils von 44% auf 70%. Gegen die Änderung des Zusatzleistungsgesetzes ist das Kantonsratsreferendum ergriffen worden. Die Unterschiede der Soziallasten in den Gemeinden werden bereits im Finanzausgleich berücksichtigt. Daher empfiehlt der Referent Ablehnung der Vorlage.

Die parlamentarische **Initiative «Strassengesetz § 30»** verlangt, dass inskünftig der Unterhalt der Gemeindestrassen aus dem kantonalen Strassenfonds mitfinanziert werden muss. Mindestens 20 Prozent der jährlichen Einlage in den Strassenfonds sollen an die Gemeinden ausgeschüttet werden. Massgebend für den Anteil einer Gemeinde ist die Länge der Gemeindestrassen, die vom motorisierten Individualverkehr befahren werden können.

Die Gemeinden können frei über die Verwendung der Beiträge verfügen, das heisst sie müssen sie nicht für den Unterhalt der Gemeindestrassen verwenden.

Der Kantonsrat hat die parlamentarische Initiative mehrheitlich gutgeheissen. Gegen dieses Giesskannenprinzip bzw. gegen die Änderung des Strassengesetzes wurde das Kantonsratsreferendum ergriffen.

Die Unterschiede der Soziallasten in den Gemeinden werden auch hier bereits im Finanzausgleich berücksichtigt. Daher empfiehlt der Referent Ablehnung der Vorlage.

Das Zusatzleistungsgesetz und das Strassengesetz werden beide von den SVP-Mitgliedern klar abgelehnt.

Die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 27. September

Die eidg. Vorlage zum **Jagdgesetz** wurde von Gastreferent und Jagdpächter Stefan Rechsteiner erläutert. Er erklärte uns anhand übersichtlicher Folien, wie und warum es wichtig ist eine massvolle Jagd zuzulassen. Neu soll auch der Wolf, wenn er sich zu nahe an Siedlungsgebiete gewöhnt präventiv geschossen werden dürfen. Es geht nicht um sinnloses abknallen, sondern wenn ein Tier aus einem Rudel getötet wird hat es eine Schockwirkung für die anderen Tiere und sie werden sich wieder in ihr Jagdrevier zurückziehen.

Die SVP Mitglieder befürworten die Änderung des Jagdgesetzes.

Vorstandsmitglied David Goldschmid erläuterte die **Beschaffung neuer Kampfflugzeuge**. Mit sehr einprägsamen Folien untermauerte er, dass es bei dieser Abstimmung nicht um die Kampfflugzeugbeschaffung als solches geht, sondern um einen Rahmenkredit für neue Kampfflugzeuge. Eindrücklich konnte er darlegen, dass der Grippe an der Typenwahl scheiterte, da jeder Stimmbürger, jeder Parlamentarier und die Journalisten für sich in Anspruch nahmen, Flugzeugexperten zu sein. Nun soll zuerst der Kredit gesprochen werden, welcher übrigens aus dem ordentlichen Militärbudget stammt. Erst nach der Kreditgenehmigung werden Experten den geeignetsten Flugzeugtypen auswählen.

Die anwesenden Mitglieder empfehlen einstimmig die Ja-Parole.



Vizepräsident Michi Meyer erläuterte die Vorlage **Vaterschaftsurlaub**. Einige Firmen gewähren 1-2 Tage Vaterschaftsurlaub, seine Firma 1 Woche seit der Finanzchef selbst Vater geworden ist und fand, dass 1 Tag zu wenig sei. Künftig sollen alle Väter 2 Wochen erhalten die sie innerhalb von 6 Monaten entweder am Stück oder

als Einzeltage beziehen können. Für diese Zeit wird wie beim Mutterschaftsurlaub, 80% des Lohnes ausgerichtet werden. Finanzieren sollen den erweiterten Vaterschaftsurlaub alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch höhere Lohnabzüge von je 0,5%.

Die Mehrheit der Anwesenden lehnt diese Initiative klar ab.

Aktuar Martin Kezmann erläutert die **Bundesgesetzesänderung der Kinderdrittbetreuungskosten**. Ursprünglich aus der Fachkräfteinitiative von 2011, wollte der Bundesrat einen Vorschlag zur Erhöhung des Abzuges bei den Bundessteuern von den Kinderdrittbetreuungskosten (Kita) von 10'100 auf 25'000 Franken dem Parlament vorschlagen. Es wurde mit ca. 10 Mio. Franken Steuerausfall gerechnet, was sich aber wieder aufgerechnet hätte, da man dadurch gegen 2'500 Fachkräfte motivieren könnte zurück in den Arbeitsmarkt zu kommen. Auf einen Einzelschlag hin von CVP-Nationalrat Philipp Kutter genehmigte das Parlament zusätzlich eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzuges bei den Bundessteuern von heute 6'500 auf 10'000 Franken. Dadurch soll für Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, eine gewisse Gerechtigkeit geschaffen werden. Dies generiert künftig Steuerausfälle von zusätzlich 370 Mio. Franken.

Die Mehrheit der Anwesenden stimmt für die JA-Parole

Vorstandsmitglied und Kassier Hans Loeliger präsentierte die wichtigste aller Vorlagen der Abstimmung vom 27. September, die **Begrenzungsinitiative**. Er nannte einige Zahlen was die rund 1 Mio. Zugewanderten der letzten 13 Jahre seit der vollen Personenfreizügigkeit verursacht haben. 4'453 neue Spitalbetten, 2730 neue Ärzte, 1518 neue Schulgebäude, 6950 neue Lehrer, 454'000 neue Wohnungen, 19'000 neue Spitalangestellte, 541'000 Personenwagen mehr im Verkehr. Genug ist genug, wir wollen unsere Zuwanderung wieder selbst steuern, die Begrenzungsinitiative wäre das richtige Mittel.

«Die Indianer konnten die Einwanderung nicht stoppen. Heute leben Sie in Reservaten!»

Einstimmige JA-Parole der SVP Russikon

Martin Kezmann, Aktuar